

Grüne und Alternative  
in den Räten von Baden-Württemberg  
Forststr. 93  
70176 Stuttgart  
Tel. 0711 99359 90  
Fax 0711 99359 99  
E-Mail: gar@gar-bw.de



Stuttgart, Januar 2007

Liebe GAR-Mitglieder,  
in diesem Rundbrief erhalten Sie Informationen zu folgenden Themen:

1. Grundsätzliches zu Konzessionsverträgen
2. Seminartermine der GAR: 03.03. und 21.04.2007
3. GAR-Jahreshauptversammlung am 3.3. um 14 Uhr
4. Bericht aus der Landtagsfraktion
5. Neuerung bei ALG II: Jobprogramm der Bundesregierung macht Umwandlung in sozialversicherungspflichtigen Aktivlohn für bundesweit 100.000 Menschen möglich.
6. Lesetipp: Broschüre von Christine Denz
7. Reader Ökobau der Bundestagsfraktion erschienen
8. Neue AKP zum Thema Müll erschienen
9. Umweltfreundliche Beschaffung – neue Broschüre der LUBW
10. Neues auf der GAR-Internetseite: Energie/Bildung
11. Klimaschutzpreis im Main-Tauber-Kreis – Grüner Kreisrat geht neue Wege
12. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress in Stuttgart im März 2007

## 1. Konzessionsverträge (Jürgen Menzel)

### **Thema: Abschluss von Konzessionsverträgen - Erläuterungen und Aufruf zu Rückmeldungen**

Mit der Vergabe des Konzessionsvertrags für Strom überträgt eine Gemeinde einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) das Recht auf Erstellung und Betrieb des Stromnetzes auf der eigenen Gemarkung. Der Betrieb des örtlichen Netzes ist für das EVU eine äußerst lukrative Sache. Die Laufzeiten der bestehenden Konzessionsverträge enden überwiegend zu folgenden Terminen:

- 2008: Versorgungsgebiet der ehem. Energieversorgung Schwaben (EVS)
- 2010: Versorgungsgebiet des ehem. Badenwerks
- 2012: Versorgungsgebiet der ehem. Neckarwerke Stuttgart AG (NWS AG)

Mit Abschluss des EnBW-Mustervertrags wird jedoch deren verfehlte Energiepolitik auf weitere 20 Jahre zementiert. Der Neuabschluss von Konzessionsverträgen wird daher in den nächsten Jahren für uns grüne Kommunalos ein Dauerthema sein.

Die EnBW schließt in für sie strategisch wichtige Gemeinden derzeit, trotz noch laufender Verträge, bereits vorzeitig neue Konzessionsverträge ab. Die EnBW bereitet damit das Feld für den Konzessionsabschluss in vielen anderen Kommunen. Wie bei den letzten Abschlüssen vor knapp 20 Jahren soll den Kommunen kein Verhandlungsspielraum für eigenen Vorstellungen bleiben.

Für Euch ist deshalb wichtig zu wissen, dass das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) im Hinblick auf den Wettbewerb im Strommarkt einige Vorgaben macht:

- Spätestens 2 Jahre vor Ablauf des Konzessionsvertrags muss die Kommune eine Neuvergabe in geeigneter Form öffentlich bekannt geben.
- Etwaigen Interessenten für eine Übernahme des Stromnetzes muss die Kommune die wesentlichen Informationen zum Stromnetz zur Verfügung stellen. Der bisherige Netzbetreiber ist zur Weitergabe dieser Informationen an die Kommune verpflichtet.
- Wird ein Konzessionsvertrag allerdings vorzeitig neu vergeben, wird die 2-Jahres-Frist auf drei Monate verkürzt.

Wer die Netzübernahme in Schönau von 1997 noch im Blick hat, weiß darum, wie langwierig die Übernahme eines Stromnetzes durch einen anderen Betreiber sein kann. Mit dem vorzeitigen Vertragsabschluss will die EnBW also andere Wettbewerber aus dem Feld schlagen. Ohne Wettbewerb aber, ist die Kommune in einer zu schwachen Verhandlungsposition gegenüber der EnBW, um eigene Vorstellungen und Forderungen – z.B. ökologischer Art - im Konzessionsvertrag verankern zu können.

Zur wirksamen grünen Begegnung dieses Monopolverhaltens der EnBW bildet sich derzeit auf Landesebene eine grüne Fachgruppe um Gegenstrategien zu entwickeln. Wir sind dabei, Fakten für einen grünen Konzessionsvertrag zu entwickeln. Bestehende Kontakte zu anderen EVU's mit generellem Netzübernahmeinteresse wollen wir für den Wettbewerb im Sinne der Einführung ökologischer Kriterien nutzen.

Zur Bündelung und Verteilung von Informationen sind wir als grüne Fachgruppe unbedingt auf Rückmeldungen von Euch angewiesen. Nur mit einer breiten Vernetzung zu diesem Thema können wir miteinander auf diesem Feld erfolgreich wirken. Also meldet Euch bitte zurück, wenn bei Euch zu dem Thema etwas passiert, schon passiert ist oder einfach Interesse besteht, in einen Verteiler aufgenommen zu werden. Alle Informationen können für die richtige, landesweite Strategie wichtig sein.

Kontakt: Jürgen Menzel (KV Esslingen), Tel.: 0711/3703876, Email: dreimenzel@yahoo.de

## **2. Im Frühjahr 2007 wird die GAR zwei Seminare anbieten:**

### **1. Ökologische Festsetzungen in Bebauungsplänen**

Am Samstag, den 3. März geht es ganz konkret um die Möglichkeiten, Bebauungsplänen eine ökologische Ausrichtung zu geben. Was kann nach Baugesetzbuch festgesetzt werden? Welche ökologischen Ziele sind über städtebauliche Verträge sinnvoll zu erreichen?

### **2. Bioenergiedörfer, Dörfer mit Zukunft.**

Das erste energieautarke Dorf war Jühnde in NRW. Jetzt gibt es auch in Baden-Württemberg mit Mauenheim ein Beispiel, wie die Wärme- und Stromversorgung komplett mit regenerativen Energien geleistet werden kann. Am 21. April wird ein GAR-Seminar dieses Beispiel konkret vorstellen und die Übertragbarkeit dieses Modells oder Teile davon auf andere Orte diskutieren.

Bitte vermerkt Euch diese beiden Termine schon mal im Kalender.

### 3. Ankündigung der GAR-Jahreshauptversammlung am 3.3.2007

Am Samstag, den 3. März, im Anschluss an das Seminar zur ökologischen Bauleitplanung findet um 14 Uhr die diesjährige GAR-Jahreshauptversammlung statt – im Fraktions Sitzungssaal der Grünen Landtagsfraktion. Es wird dazu noch eine gesonderte Einladung mit Tagesordnung geben.

### 4. Bericht aus der Grünen Landtagsfraktion (Uli Sckerl)

Start in das Jahr 2007 - Grüne Landtagsfraktion berät Landesfinanzen und heult mit den WölfInnen

Die grüne Landtagsfraktion ist in das Neue Jahr mit ihrer traditionellen Klausurtagung, dieses Mal in Bad Mergentheim, gestartet. Den Auftakt bildete der ebenso traditionelle Besuch im örtlichen Rathaus, wo seit geraumer Zeit mit dem parteilosen Dr. Lothar Barth ein aufgeschlossener und moderner OB die Geschicke der Stadt führt. Die Probleme eines Kurstandorts mit den Gesundheitsreformen und viele Fragen des Verhältnisses zwischen Kommune und Land waren Hauptthemen des Besuchs. Der Mergentheimer OB hatte zudem im Herbst 2006 mit seinem Vorschlag zur Zusammenlegung von kleinen Landkreisen zu leistungsstarken Regionalkreisen für einig Aufsehen gesorgt.

„Emotionaler Höhepunkt“ der Klausurtagung war eine abendliche Wanderung zum Mergentheimer Wolfsgehege, wo die Fraktion viel über „LeitwölfInnen“ und die Regeln zum Machterwerb und – Erhalt gelernt hat und zum Schluss im wahrsten Sinne des Wortes mit den WölfInnen heulen konnte.

Wichtigstes Thema der Klausurtagung war der Doppelhaushalt 2007/2008 des Landes. Die Fraktion hat deutlich gemacht, dass die „Netto-Nullverschuldungs-Inszenierung 2011“ der Regierung Oettinger noch wesentliche Fragen ausklammert. Die Regierung hat die stetig steigenden Pensionslasten ebenso wenig im Griff und Blick wie sie sich gleichzeitig um die Bewältigung des riesigen Sanierungsrückstands, vor allem bei den Hochschulen, drückt. Dem gegenüber hat die grüne Fraktion ein Finanzkonzept beschlossen, das alle Bereiche der Landesfinanzen nachhaltig konsolidiert und damit Freiräume für neue Investitionen in den Klimaschutz und in die Bildung schafft. Kern der grünen Spar- und Reformvorschläge sind die „Schuldenbremse“, die Reform der Pensionen und Beihilfe und eine deutliche Verschlankung der staatlichen Verwaltung. Die Haushaltsberatungen des Landtags beginnen am 17.01. und werden mit der 3.Lesung des Doppelhaushalts am 14.02.07 abgeschlossen.

Das grüne Finanzkonzept und die Haushaltsrede von Winfried Kretschmann können nachgelesen werden unter: [www.bawue.gruene-fraktion.de](http://www.bawue.gruene-fraktion.de)

#### Übersicht über die ersten grünen Landtagsinitiativen im Jahr 2007:

Neuorganisation der Kulturförderung Drucksache 14/0781

Solidarpakt 2007 14/0763

Einsatz von Recyclingpapier in Landesbehörden 14/0775

Reduzierung des Flächenverbrauchs 14/0774

Im Internet unter [www.landtag-bw.de/dokumente](http://www.landtag-bw.de/dokumente) im Wortlaut nachzulesen.

(Uli Sckerl)

### 5. Bundesregierung plant Job-Programm für 100000 Langzeitarbeitslose

Zum Jahresende kursierte die Meldung in verschiedenen Medien, dass die Bundesregierung ein neues Programm für Langzeitarbeitslose auflegen wird. Bewerber können sich angeblich Träger von Beschäftigungsmaßnahmen. Die ursprüngliche Nachricht ist zwar nirgendwo mehr zu finden, dafür aber etliche Kommentare.

- „Nürnberg (dpa) - Der Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, hält das von der SPD gewünschte Job-Programm für Langzeitarbeitslose trotz Bedenken aus der Wirtschaft grundsätzlich für sinnvoll. Es gibt Arbeitslose, denen man auf dem ersten Arbeitsmarkt nichts anbieten könne, sagte Weise der dpa.“
- „(Berlin) - Der DStGB begrüßt die Anstrengungen der Großen Koalition, die Langzeitarbeitslosigkeit wirksamer zu bekämpfen. Offenbar wurde endlich erkannt, dass das Problem der vielen Langzeitarbeitslosen nicht allein mit den bisherigen Vermittlungs- und Betreuungsangeboten gelöst werden kann.“
- „Die Koalition von CDU/CSU und SPD plant für kommenden Jahres ein Jobprogramm für sog. Langzeitarbeitslose. Die Kommunen sollen dazu angehalten werden, Arbeitsplätze zu schaffen, damit ein neuer "sozialer Arbeitsmarkt" geschaffen wird. Arbeitsmarktpolitischer- Sprecher, Klaus Bradner nannte dann auch gleich Zahlen gegenüber der Neuen Presse in Hannover: "Für rund 100.000 Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine reale Chance haben, soll möglichst ab dem Frühjahr sozialversicherungspflichtige Arbeit aufgebaut werden".

Die Stadt Stuttgart gründet nun daraufhin eine neue Beschäftigungsgesellschaft. Der Wirtschaftsbürgermeister Föll geht davon aus, dass die von der Bundesregierung angekündigten unbefristeten Plätze für 100000 Langzeitarbeitslose im Frühjahr per Projektwettbewerb an die Jobcenter vergeben werden. Die Vorbereitungen dafür laufen in Stuttgart bereits seit einiger Zeit“ (Stuttgarter Zeitung, 09.01. 2007).

Wenn diesen Nachrichten Tatsachen zu Grunde liegen, dann müssen sich auch die anderen Stadt- und Landkreise sputen, um bei der Vergabe nicht leer auszugehen. Viele Beschäftigungsgesellschaften wurden im letzten Jahr aufgelöst oder sind mangels Aufträgen vom Markt verschwunden. Jetzt sollen sie offenbar wieder reaktiviert werden. Die GAR schlägt vor, eine Anfrage an die Verwaltung zu richten, ob sie Informationen zu einem geplanten Job-Programm hat und ob sich das örtliche Jobcenter um die Förderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose bemühen wird.

## 6. Lesetipp

Ganz schön anders, Lebensentwürfe, die Mut machen

Kurz vor Weihnachten erreichte mich das Rezensionsexemplar von „Ganz Schön Anders“. Die Verfasserin, Christine Denz, war mir als langjähriges GAR-Mitglied und als Mitarbeiterin im Standortbüro Obrigkeit bekannt:

In der 72-seitigen Broschüre werden die individuellen Lebensentwürfe von 11 Menschen hin zu mehr Nachhaltigkeit beschrieben. Der Reader dreht sich nicht nur um ökologische Themen, sondern auch um Eine-Welt- und Friedensfragen. Das Spektrum der beschriebenen Menschen ist breit: Junge und Alte, Frauen und Männer, mit und ohne Kinder, aus Ost und West, mit unterschiedlichen Berufen. Jeder Person ist ein „Mit-Mach-Projekt“ zugeordnet: „Ökostrom“, „Oicocredit-bayern“, „Sozialforum“ und andere. Daneben sind vertiefende Themenseiten, praktische Tipps, hilfreiche Adressen und Literaturhinweise aufgeführt.

Bezug über den Buchhandel ISBN– 13: 978-3-00-019879-3 zum Preis von 5,90 Euro.

## 7. Reader Ökobau

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Beiträge des Fachgespräches zum nachhaltigen Bauen und Wohnen im Dezember zu einem Reader zusammengefasst. Er ist auf der Seite <http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/163/163080.pdf> abrufbar.

Die Fachbeiträge behandeln nicht nur die umweltverträglichen Baustoffe und das energiesparende Wohnen, sondern auch die stadtplanerischen Aspekte von nachhaltiger Siedlungsentwicklung, energieautarke Regionen und Flächenverbrauch. Da die Datei 4,5 MB groß ist, ist

vielleicht die Druckversion geschickter. Sie ist für 1,50 Euro zu beziehen bei: Bündnis90/Die Grünen im Bundestag, Infodienst, Platz der Republik, 11011 Berlin, Fax 030/22756566, [public@gruene-bundestag.de](mailto:public@gruene-bundestag.de) unter dem Titel „Ökobau – Fachgespräch zum nachhaltigen Bauen und Wohnen – 16/38.

## 8. AKP-Heft mit Schwerpunkt Müll

Im Sektor der Müllpolitik gab es in jüngster Vergangenheit viele Neuerungen und einige weitere stehen noch bevor: ElektroG, Abfallwirtschaft nach der TAsi und Verpackungsverordnung – dies sind nur einige Stichworte des neuen AKP-Schwerpunktes.

Ferner: Wohnungswirtschaft, AKP-Jahresindex, Gender Mainstreaming, Kommunale Entwicklungszusammenarbeit.

Das Inhaltsverzeichnis ist unter [www.akp-redaktion.de](http://www.akp-redaktion.de) zu finden.

Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,-€ (6 Hefte). Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, [akp@akp-redaktion.de](mailto:akp@akp-redaktion.de)

## 9. Umweltfreundliche Beschaffung – neue Broschüre der LUBW

„Mehr Umwelt fürs gleiche Geld – Anregungen und Erfolgsbeispiele für die umweltorientierte öffentliche Beschaffung“ mit diesem Titel hat die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz eine 55-seitige Broschüre herausgegeben, die für die wichtigsten Beschaffungsbereiche Beispiele enthält. Der Mehrwert einer umweltfreundlichen Beschaffung wird unterstrichen und grundsätzliche Fragestellungen zur Herangehensweise und zum Vergaberecht werden aufgegriffen. Ergänzend dazu gibt es auch ein Informationsangebot zur umweltfreundlichen Beschaffung im Internet: <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/16874>

Die Broschüre kann auch im Internet herunter geladen werden <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/21169/>

## 10. Neues auf der GAR-Internetseite

Die GAR-Internetseiten werden laufend aktualisiert. Es lohnt sich also gelegentlich einen Blick auf die einzelnen Themenseiten zu werfen. Unter dem Button **Bildung** wird die Veränderung der Schullandschaft thematisiert und unter dem Button **Energie** sind die grünen Argumente gegen längere Laufzeiten von Atomkraftwerken zusammengefasst. Außerdem steht dort der Link zur neuen Energiezeitung, mit der der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Franz Untersteller einen Überblick über aktuellen Energiethemen im Land gibt. Unter Kreisecke ist ein Verweis auf den Klimaschutzpreis des Main-Tauber-Kreises (siehe Punkt 11 in diesem Rundbrief).

Unter der Rubrik **Bürgermeister/innen** findet Ihr die Orte, in denen die örtlichen Grünen und Alternativen nach KandidatInnen für anstehende Wahlen suchen. Vielleicht kennt Ihr jemanden, die oder der hierfür genau die richtige Wahl wäre.

## 11. Klimaschutzpreis im Main-Tauber-Kreis

Auf Antrag der Grünen Kreistagsfraktion im Main-Tauber-Kreis gibt es dort einen jährlich vergebenen Klimaschutzpreis, der an kreisangehörige Gemeinden vergeben wird.

Das Tauberbischofsheimer Ehepaar Gertrud und Dr. Leonhard Haaf stiftet hierfür in den nächsten zehn Jahren jährlich einen Betrag von 5000 Euro als Preisgeld. Landrat Reinhard Frank und das Ehepaar Haaf haben jetzt eine Vereinbarung hierüber unterschrieben. Aus dem

Pressebericht: *“Leonhard Haaf (grüner Kreisrat) erläuterte, dass die Menschheit wegen massiver Umweltschäden unter einem starken zeitlichen Handlungsdruck stehe. ...Diese notwendige Umstellung der Energiegewinnung mache es erforderlich, dass auf allen Ebenen des Zusammenlebens an dieser Energie-Revolution gearbeitet werden, auch in den Städten und Gemeinden. Ohnehin sei die Kommune die Keimzelle für jegliches politische Handeln. Gemeindliches Engagement sei immer besonders transparent, beispielhaft und anregend. Dies solle in der Preisverleihung zum Ausdruck kommen, und daher werde der Preis auch nur an Städte, Gemeinden oder Ortsteile insgesamt vergeben. Private Aktionen zum Klimaschutz müssten von Seiten der politischen Gemeinde zumindest initiiert oder in besonderer Weise unterstützt worden sein, um ausgezeichnet werden zu können.“*

Auch wenn andernorts mögliche StifterInnen erst noch gesucht werden müssten, ist der Ansatz dieses vom Landkreis an Kommunen vergebenen Preises eine nachahmenswerte Idee. Unter Umständen kann auch der Landkreis selbst die Finanzierung oder die Suche nach SponserInnen übernehmen.

Mehr dazu auf der GAR-Internetseite unter <http://www.gar-bw.de/index.php?id=4637>

## **12. Bundesweiter Verkehrskongress dieses Jahr in Stuttgart**

Seit 30 Jahren treffen sich Aktive, Interessierte und WissenschaftlerInnen, die sich für eine nachhaltige Verkehrspolitik einsetzen, auf dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongress BUVKO. Der 16. bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress findet dieses Jahr vom 2. bis 4. März in Stuttgart statt. Aktuelle Informationen zum Kongress findet Ihr im Internet unter [www.buvko.de](http://www.buvko.de)

Mi freundlichen Grüßen aus dem GAR-Büro

